

# Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Belegungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandbindungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlagsstelle in  
Leipzig, Zeiger Straße 30, IV.,  
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgehaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postkassenkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 37

Sonntag, den 12. September 1925

29. Jahrgang

## Zwölfter Deutscher Gewerkschaftskongress in Breslau.

### Die Kongressstadt.

Zum ersten Male findet im Osten des deutschen Reiches ein Kongress der deutschen Gewerkschaften statt. Wenn in West-, Süd-, Nord- und Mitteldeutschland von dem „Osten“ gesprochen wird, so verbindet sich gewöhnlich mit dieser Kennzeichnung das Gefühl des Rückwärtsstrebenden, des unbeschränkten Herrenmenschtums, das durch den hauptsächlich agrarischen Charakter des Ostens, mit seiner Vorkriegswirtschaft und ihren wirtschaftlichen und politischen Einflüssen ausgelöst wird. Und doch ist diese Charakterisierung des Ostens, zumal Schlesiens nicht zureichend. Schon ein Blick auf die geographische Gliederung Schlesiens zeigt, daß die natürlichen Vorbedingungen dieses Teils Deutschlands getrost mit den fortgeschrittensten deutschen Territorien wetteifern lassen. Die Oder, die natürliche Lebensader Schlesiens, durchschneidet die ganze Provinz in nördlicher Richtung. Sie vermittelt den Westverkehr durch die Verbindung mit der Ostsee. In den wirtschaftspolitischen Ausstrahlungszirkel Schlesiens liegt vor allem Berlin, mit dem es durch die natürliche Wasserstraße der Oder und durch ein gutes Kanalsystem wirtschaftlich in der engsten Verbindung steht. Für Schlesien will der Begriff „des agrarischen Ostens“ durchaus nicht passen. Schon seit Jahrhunderten hat sich in den verschiedenen Bezirken dieses Landes die Industrialisierung bemerkbar gemacht. Es sei nur auf die weltbekannte schlesische Textilindustrie hingewiesen, auf die Kohlen- und Eisenindustrie Oberschlesiens, und nicht zuletzt auf die uns unmittelbar nachstehende Steinindustrie, die angefangen von der Basalt-, Granit-, Sandstein- und Marmorindustrie alle Rohstoffe im Lande findet und sie zu den hochwertigsten Qualitätserzeugnissen verarbeitet. Kein anderer Landesteil des Ostens Deutschlands bietet in seiner Gesamtwirtschaft ein so mannigfaltiges Bild wie Schlesien. Trotz des Vorherrschens der agrarischen Großwirtschaft kann darum Schlesien nicht unter den landläufigen Begriff des agrarischen Ostens gerechnet werden.

Jedes Land trägt die Merkmale seiner Vergangenheit in historischer Hinsicht deutlich zur Schau. Die Städtebilder Schlesiens mit ihrer Backsteingotik und ihrem Jesuitenbarock schöner öffentlicher Bauwerke zeigen vor allem die politischen Ursprungsquellen sehr deutlich. Schlesien war bis zur zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein ständisches Kronland. Südlich der Sudeten, der großen Wasser- und Grenzschleife, begeben wir darum den gleichen Städtebau und bis zum Krüge aus wirtschaftlichen Charakter, wie nördlich des Grenzgebirges, für das geübte Auge ohne weiteres erkennen lassend, daß die jetzt getrennten Teile vormals eine Einheit in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht bildeten. Diese Züge und Verbindungen spiegeln sich natürlich im Volkscharakter selbst wieder. Der Schlesier hat wenig mit dem harten Volkstume der Ost- und Westpreußen gemein. In ihm verortet sich mehr das lebhafteste Temperament des südlichen Deutschen, daß aber durch die unmittelbare Verbindung mit den fremdsprachlichen Tschechen und Polen eine besondere Note erhält.

Doch wir wollen nicht weiter bei den wirtschaftsgeographischen und ethnographischen Verhältnissen Schlesiens verweilen, sondern die Kongressstadt Breslau selbst in ganz kurzen Strichen skizzieren. Breslau, die einzige Großstadt im östlichen Deutschland, kann man unbedenklich das Köln des Ostens nennen. Beide, Köln am Rhein und Breslau an der Oder, haben trotz ihrer Beschaffenheiten fast gemeinsame Züge, so daß man zu sagen berechtigt ist: die Kapitale des Westens hat in der Kapitale des Ostens ihren Doppelgänger unter einem anderen Landstrich gefunden. Beide Städte an großen, schiffbaren Strömen gelegen, (dort der Rhein, hier die Oder) sind die Exponenten eines wirtschaftlich hochentwickelten Hinterlandes. Im Westen gibt das Ruhrrevier der wirtschaftlichen Stellung Kölns den Hintergrund und für Breslau spielt die Kohleindustrie Oberschlesiens die gleiche Rolle. Hier wie dort herrscht die Weiterverarbeitung der berg- und hüttenmännisch erzeugten Rohstoffe in gleicher Weise vor. Die Metallindustrie ist wirtschaftlich neben dem Handel das Rückgrat beider Städte. Aber auch Städtebau und Architektur sind in beiden Städten Kapitale einander in auffälliger Weise. Der mittelalterliche Teil Kölns könnte ebensogut an der Oder stehen, wie umgekehrt das alte Breslau am Rheine, ohne daß dieser angenehme Tausch wesentliche Veränderungen im Bilde beider Städte hervorbrächte. Die Backsteingotik Breslaus, mit seinen Kirchen- und Profanbauten, würde im gotischen und romanischen Köln eine gute Kopie haben. Nur die Barockbauten Breslaus würden in ihrem Reichtum nicht in das Antlitz der Stadt Köln passen. Dies ist aber nur die einzige Ausnahme. Beide Städte haben historisch die gleichen Stürme und Kämpfe aus ihren inneren Kämpfen um die jeweilige politische Vorherrschaft im Mittelalter erlebt. In beiden führten adelige Patriziergelechter von den grauen Anfängen an das Stadtr Regiment und in beiden Städten tobten zur gleichen Zeit die blutigsten Kämpfe der Zünfte mit der Oligarchie des Patrizertums, die mit dem gleichen Siege der Zünfte und Handwerker endeten. Noch viele solcher wirtschaftlichen und historischen Parallelen ließen sich anführen. Aber eine sei noch besonders hervorgehoben. Wenn man von Köln als dem „deutschen Rom“ spricht, so verdient Breslau diese Bezeichnung für den deutschen Osten nicht minder. Wenn Heinrich Heine von Köln mit den „Hundert Kapellen und Kirchen“ singt, so trifft dies auch von Breslau zu. Doch brechen wir davon ab. Heute bestimmt die Kirche den Charakter beider Städte nicht mehr. Heute ist es die Wirtschaft und die Arbeit, die ihren Stempel allen Kultur- und Wirtschaftszentren aufdrückt. An Stelle großer Kirchenbauten treten riesenhafte Fabrikanlagen und Verwaltungsgebäude, die trotz aller pietätvollen Erhaltung des Alten überall den Zug der demokratischen Gleichheit auch auf diesem Gebiete in Erscheinung treten lassen. Alles vereint sich mit Neuem. Und besonders Breslau bietet des Gegenständlichen dieser Art so viel. Doch nur ein Beispiel soll dem Leser etwas näher gebracht werden, da die Arbeiterbewegung der Steinindustrie mit besonderem Interesse an dieser darin gezeigten Entwicklung das größte Interesse hat. Das Breslauer Rathaus und die Breslauer Jahrhunderthalle! Beides sind Kinder und Repräsentanten ihrer Zeit und schildern das wirkliche Können ihrer Erbauer in bester Weise. Das Breslauer Rathaus! In den Werken architektonischer und bildnerischer Hochleistungen des Mittelalters nimmt dieses Rathaus eine der ersten Stellen ein. Zwar ist der Hauptwerkstoff dieses herrlichen Bauwerkes der Ziegel. Aber nicht die strenge Backsteingotik ist das baulich und künstlerisch Bemerkenswerteste an diesem Baue, sondern die reiche gotische

Sandsteinornamentik und Gliederung, die ihm neben den Ausmaßen der Bauglieder die echte Schönheit verleiht. Da streben Türmchen, Giebel, Erker, Fenstergehäuse, Maßwerk, Gurt, Frieze, Gewölberippen in buntestem Gewirre durcheinander. Der Steinmetz und Bildhauer zeigte das Können seiner Kunst an diesem Bauwerke in herrlichster Weise. Es ist wirkliches Können, was bei diesem Bau auch in seinen kleinsten Teilen sich offenbart, es ist das Können des Mittelalters, welches dieses Baudenkmal schuf und welches der Steinmetz in erster Linie künstlerisch und handwerklich beherrschte. Die Jahrhunderthalle im Scheiniger Park ist ein Kind der Neuzeit. Im Jahre 1913 wurde der Bau vollendet, mit großer Feierlichkeit und der bekannten Dissonanz der Verweigerung des Festspiels Gerhart Hauptmanns der Öffentlichkeit übergeben. Entworfen von dem Stadtbaurat Berg zeigt der Riesenbau der Jahrhunderthalle ganz gewaltige Ausmaße und die kühnsten Konstruktionen. Die Spannweite der großen Kuppel der Halle beträgt 67 Meter und stellt in dieser Hinsicht alle Kuppelbauten und Gewölbekonstruktionen der Welt in den Schatten. Ausgeführt ist der Bau der Jahrhunderthalle in armiertem Eisenbeton. Und hier nähern wir uns der ästhetisch entscheidenden Frage, wenn wir den Bau der Jahrhunderthalle mit dem Breslauer Rathaus in Verbindung bringen. Die Schönheit des Kunstwerkes wird in vornehmlicher Weise neben Konstruktion und Gliederung auch von dem Werkstoffe bestimmt. Der Werkstoff ist der Grund der Schönheit des Kunstwerkes und seine künstlerische Behandlung (Kunst kommt von Können) gibt erst den rechten Zusammenklang, der dem inneren Schönheitsempfinden entspricht. Wohl erheben die Riesenausmaße dieser Halle und erzeugen im Beschauer das Gefühl, daß jeden Menschen vor einem großen Werke der Architektur überfällt. Bewunderung und Erstaunen, gepaart mit einer Feierlichkeit im Innern. Das sind die Wirkungen echter Kunstwerke, die auch der Bau der Jahrhunderthalle ausströmen läßt. Aber doch ist in dieser Schönheit eine Disharmonie. Und diese rührt vom Werkstoffe dieses Baues, vom Beton her. Das handwerklich künstlerische Können, das wir am Breslauer Rathaus bewundern, fehlt der Jahrhunderthalle und kann sie nicht zum Ausdruck bringen. Es wirkt für das empfindsame Auge störend, wenn heute noch die Schalungspuren des Betonbaus mehr wie deutlich sichtbar sind, die durch das Scharzeisen und den Stochhammer des Steinmetzen doch behoben und gemildert werden könnten. Der präde Werkstoff zeigt sich hier, ohne durch das Können veredelt zu sein, und das ist das Manko dieses wunderbaren Bauwerkes. Doch genug davon.

Das Breslau auf Grund seiner wirtschaftlich herrschenden Stellung im Osten Deutschlands frühzeitig die moderne Arbeiterbewegung beeinflusste, ist verständlich. In seinen Mauern wurde Laßalle geboren und sie bergen seine Gebeine. Breslau ist die Kapitale der Arbeiterbewegung des Ostens und wird es in alle Zukunft bleiben.

### Die Kongressöffnung.

Im farbenfreudigen Hauptsaale begannen am 31. August die Verhandlungen des Kongresses. Vor Beginn der Tagung wurde an dem Grabe Laßalles ein Kranz mit den Farben der Deutschen Republik durch eine Deputation des ADGB, der sich die Vertreter der ausländischen Gewerkschaftszentralen und der Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes angeschlossen, niedergelegt. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Leipzig eröffnete den Kongress und hielt die erschienenen Gäste und Delegierte willkommen. In kurzen Worten umriß er den Aufgabenkreis der Tagung und gedachte der Toten, die die deutsche Arbeiterbewegung seit dem letzten Kongress verloren hat. Neben den zahlreichen ungenannten dahingegangenen Mitarbeitern am Werke gedachte er des Hinscheidens Friedrich Eberts. Als Gäste nehmen an dem Kongresse neben den Vertretern der Landeszentralen von Oesterreich, Ungarns, Schwedens, Dänemarks, Hollands, Polens, Rumaniens, Letlands, der Schweiz, der Tschechoslowakei und des Memellandes Vertreter der Reichs- und Staatsregierungen, der Provinz Schlesien, der Stadt Breslau, des Internationalen Gewerkschaftsbundes, des Afabundes, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, der Konsumgenossenschaften, der Volkshilfe, des Vereins für Soziale Reform und Vertreter anderer Körperschaften teil. Nach den Begrüßungsansprachen konstituierte sich der Kongress. Zu Leitern desselben werden Leipzig, Bundesvorstand, Brandes, Metallarbeiterverband und Schumann, Bezirksbund, gewählt. Die Geschäftsordnung und Tagungsordnung wurden genehmigt und Leipzig erhielt das Wort zum Berichte des Bundesvorstandes.

### Bericht des Bundesvorstandes.

Leipzig führte zu diesem Punkte aus: Der Rathenau-Mord hatte schlaglichtartig die bedrohte Lage der deutschen Republik vor drei Jahren beleuchtet und forderte von der organisierten Arbeiterbewegung einen entschiedenen Kampf gegen die Reaktion. Der ADGB entzog sich dieser Forderung nicht, sondern stellte sich in gewaltigen Protestaktionen schützend vor den jungen Staat von Weimar. Wenn es auch nicht gelang, die gesamte Arbeiterbewegung an die Front zu bringen, da die Kommunisten für die politischen Aufgaben der letzten Jahre nicht das geringste Verständnis aufwiesen, so waren doch die Maßnahmen der Freien Gewerkschaften von Erfolg gekrönt. Wenn heute die organisierte deutsche Arbeiterbewegung die Kerntruppe der Republik bildet, so ist das nicht zum letzten ein Verdienst der Gewerkschaften. Bereits damals wurden wichtige Forderungen zum Schutze der Republik, die der Gewerkschaftsbund gestellt hatte, auch parlamentarisch durchgeführt. Wenn heute die politische und wirtschaftliche Reaktion glaubt, siegesbewußt ihr Haupt heben zu können, so ist trotzdem die eine Tatsache zu verzeichnen, daß die Republik mehr denn je gesichert erscheint.

Die Tatsache, daß die Gewerkschaften mehr und mehr auch politische Aufgaben übernehmen mußten, hat zu lebhaften Debatten geführt. Es war den Unternehmern natürlich nicht angenehm, daß die Gewerkschaften ihre wirtschaftliche Macht mit Hilfe der Sozialdemokratischen Partei politisch nutzbar machen konnten. Auch die bürgerliche Wissenschaft, vor allem Professor Hertner, hatte gegen eine derartige Entwicklung der Gewerkschaftsarbeit Stellung genommen. Den Weg der letzten Jahre haben die Gewerkschaften nicht freiwillig beschritten. Die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die fortschreitende Verelendung der gesamten deutschen Arbeiterbewegung, machte jedoch auch politische Aktionen zu einer unbedingten Notwendigkeit. Inzwischen haben die Unternehmer in unerhörtem Umfange auf die Gesetzgebung der Parlamente und auf die Verwaltungsmaßnahmen der Regierung Einfluß bekommen. Dagegen aber

wendet sich niemand. Die bürgerliche Wissenschaft, die es so eilig hatte, die Gewerkschaften in ihre Schranken zurückzuweisen, scheut sich nicht, der Unternehmerschaft in ihrem Kampf gegen die deutsche Arbeiterkraft noch — angeblich wissenschaftliche — Waffen zu liefern.

Die sozialpolitische Arbeit der Gewerkschaften wird in einem besonderen Punkte der Tagesordnung noch eingehend zu erörtern sein. Hier soll nur eins kurz erwähnt werden: die Arbeit des Bundes galt vor allem der Sorge für die Erwerbslosen. Der Bundesvorstand drängte unaufhörlich auf die Regierung, Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Gegen die von Seiten der Regierung geplante Aenderung des gesamten Unterstützungswesens für die Arbeitslosen, die dahin ging, daß lediglich Arbeiter und Unternehmer die gesamten Kosten zu tragen hätten, haben sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit gewehrt. Sie drängten vor allem auf eine stärkere Heranziehung des Besitzes und schlugen einen sozialeren Ausbau der gesamten Steuergesetzgebung vor. Gemeinsam mit der Afa und dem ADGB wurde eine besondere Steuerkommission eingesetzt, die aufs genaue sämtliche Möglichkeiten einer gerechten Besteuerung prüfte. Bereits zu Anfang des Jahres 1923 wurde die Quellenbesteuerung verlangt, die Erfassung der Sachwerte und die Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt gefordert. Waren die Vorschläge der Gewerkschaften damals angenommen worden, dann wäre dem deutschen Volke das Inflationsjahr 1923 mit seinen grauenhaften Folgen erspart worden.

Inzwischen sind von den Rechtsparteien neue Steuergesetze angenommen worden, die gemeinsam mit den Folgegesetzen eine neue, fürchterliche Teuerung über das deutsche Volk bringen. Der Widerstands- und Kampfeswille der Arbeiterbewegung war zu gering, um diese Entwicklung zu verhindern. Es gelang nur, die schlimmsten Auswüchse zu verhüten. Aber die letzten Monate bedeuten trotzdem eine eingeschlossene Kampfanlage der Besitzenden gegen die Arbeiterbewegung. Wir werden auf diese Drohungen zu antworten wissen und bei unserer Gegenwehr kein Mittel außer acht lassen. Der Weg, den wir gehen müssen, ist uns vorgeschrieben worden. Der Kampf der Unternehmer und der mit ihnen verbundenen Reichsregierung wendet sich gegen das einzige Gut, das dem deutschen Volk noch geblieben ist: selbst die Arbeiterkraft, von der das Proletariat lebt, und die einzige Quelle für einen neuen Wohlstand des deutschen Volkes bieten kann, soll zerstört werden. So weit hat der „Reiter“ es bereits gebracht! (Stürmische Zustimmung.) Die Frauen und Kinder haben heute nicht mehr genug zu essen, Fleisch und andere Nahrungsmittel sind seit Monaten wieder vom Tisch der Arbeiterfamilie verschwunden. Mit der Verelendung der Arbeiterbewegung nähern sich die gesamte deutsche Volkswirtschaft riesige Gefahren. Daran denken nicht die Unternehmer und auch nicht die herrschenden Staatsmänner. Aufgabe der organisierten Arbeiterbewegung ist es, der gesamten Entwicklung fest ins Auge zu schauen und sich für die schweren Lohnkämpfe der nächsten Monate zu rüsten.

Wir gehen den Weg schwerer Auseinandersetzungen nicht mit frohem Herzen. Aber wir wissen, daß unser Kampf kein Kampf für Sonderinteressen ist, sondern im wohlbestandenen Interesse des gesamten Volkes liegt. Die Verantwortung für alles, was kommt und auch die Verantwortung für die bereits bestehende Verelendung haben nicht wir zu tragen. Die Freien Gewerkschaften haben sich niemals davor gescheut, auch berechtigteste Wünsche zurückzustellen, wenn Staat und Gesellschaft in Gefahr waren. Gerade dieses Bewußtsein gibt uns um so mehr das Recht, auf die Kampfanlage der Unternehmer mit aller Entschiedenheit zu antworten. Sie läßt Wind und werden Sturm ernten.

Was hat die Regierung getan, um die Not der Arbeiterbewegung zu erleichtern? Bereits am Tage der Ruhrbesetzung hatten die Gewerkschaften während ihre Stimme erhoben. Sie hatten auf die drohende Verelendung weiterer Arbeiterbewohner hingewiesen und an dem Erfolge des Ruhrkampfes zweifelt. Nach Beendigung des Ruhrkampfes war die Arbeiterbewegung ermüdet. Die Regierung tat nichts für die Arbeiter, sondern unterstützte die Unternehmer mit Millionenangeboten. Auch das Reichsarbeitsministerium hat die deutsche Arbeiterbewegung oft genug schwer enttäuscht. Der Reichsarbeitsminister will noch jetzt nicht erkennen, wie sehr er sich über die Wirkung seiner Maßnahmen getäuscht hat. Die Vereitelung des Achtstundentages und die künstliche Niedrighaltung der Löhne hat in keiner Weise eine Steigerung der Produktion bewirkt. Die von der Regierung erwartete Verbilligung der Lebens- und Verbrauchsmittel ist nirgends eingetreten.

Ein kurzes Wort zum Kampf für den Achtstundentag. In öffentlichen Versammlungen hat der Vorsitzende des Deutschen Arbeitgeberverbandes, Herr von Borjig, versucht, einen im Jahre 1918 von den Gewerkschaften und von den Arbeitgebern an den Rat der Volksbeauftragten gerichteten Brief über den Achtstundentag gegen die Gewerkschaften auszuspielen. Herr von Borjig übersieht die Entwicklung, die inzwischen vor sich gegangen ist. Er vergißt, daß der Achtstundentag 1919 bereits international anerkannt wurde. Auf der Washingtoner Konferenz haben auch die Regierungsvertreter der beteiligten Länder sich für den Achtstundentag ausgesprochen. Ob der Achtstundentag in Europa Wirklichkeit wird, hängt großen Teils von der Haltung der deutschen Regierung ab, die leider durch ihre schwankende Haltung bisher den Nachbarländern Gründe zu einer Verhinderung der Verwirklichung des Washingtoner Abkommens lieferte. In einer solchen Situation hat Herr von Borjig kein Recht, den Brief von 1918 zum Kampf gegen den Achtstundentag zu benutzen. — Der ADGB wird seinerseits mit aller Entschlossenheit für die Durchführung des Achtstundentages eintreten. Wir lassen kein Mittel unversucht, bevor wir zu dem letzten Mittel des Volkseinsatzes greifen. Es ist in erster Linie Aufgabe des gewerkschaftlichen Kampfes und einer klugen Taktik der organisierten Arbeiterbewegung, wenn möglich aus eigener Kraft, tariflich den Achtstundentag zu sichern.

Ein Wort zu der Parole „Mobilisierung der Massen“. Wir verstehen darunter kein bloßes Geschrei, keinen möglichst häufigen Generalkrieg, wie ihn die Kommunisten immer wieder wünschen. Die Mobilisierung der Massen in unserem Sinne besteht darin, die gesamte Arbeiterbewegung für die gewerkschaftlichen Organisationen zu gewinnen. Jeder einzelne, gestützt auf seine Organisation, hat in seinem Betrieb mit Mut und Ueberzeugung zu kämpfen. Seit mehr als 50 Jahren haben die Freien Gewerkschaften in dieser Weise den Kampf geführt. Aus dem kleinen Häuflein von damals ist heute eine starke, achtunggebietende Armee geworden, eine Armee, in der jeder einzelne treu seine Pflicht erfüllt und die von Opferinn und Ueberzeugungstreue kampffähig gehalten wird.

Das Schlagwort von der Einheitsfront hat auch in zahlreichen Anträgen zu dem hiesigen Gewerkschaftskongress seinen Niederschlag gefunden. Niemand ist ein treuerer Anhänger der Einheit der gesamten proletarischen Arbeiterklasse als wir alle hier im Saal, auch der Bundesvorstand. Aber die Einheit, die von den Kommunisten verlangt wird, ist eine ganz andere. Nachdem sie zuerst die beständigen Kämpfe gegen die deutschen freien Gewerkschaften geführt haben, uns als Verräter und Leibgarde der Bourgeoisie beschimpften, wollen sie jetzt auf einmal eng mit uns zusammenarbeiten. Sinowjew hat bereits im Juni 1924 verraten, wie diese Aktion der Einheitsfront aussehen soll. Er wies darauf hin, daß die Parole der Einheitsfront für ihn nur ein taktisches Manöver ist, nur eine Frage der Agitation. „Erobert die Mehrheit und wir werden euch von der Taktik der Einheitsfront befreien!“ rief er seinen Anhängern zu. Deutlicher noch war der Führer der kommunistischen Gewerkschaftsinternationale, Ljosowski, der im April 1925 ausdrücklich betonte, daß keine Rede davon sei, den Kampf gegen die Sozialdemokratie abzuschwächen. Man müsse stets daran denken, so führte er aus, daß „der Kampf für die Einheitsfront für uns nur den Zweck hat, ein größeres Feld für die kommunistische Agitation zu schaffen, eine Einheitsfront zu errichten gegen Bourgeoisie und Sozialdemokratie“. Für Deutschland stellte Ljosowski die besondere Forderung auf: Auf der linken des ADGB, die Schaffung einer oppositionellen und revolutionären Minderheit, die Organisation einer kommunistischen Fraktion innerhalb des ADGB. Im kommunistischen Sinn stellt also die Parole der Einheitsfront nichts anderes dar als eine Zerstümmung der Gewerkschaftseinheit. Damit ist diese Parole gerichtet.

Weiter behandelte Leipart die Arbeiten und die Stellung des ADGB zu dem Schlichtungswesen, dem Aufbau der gewerkschaftlichen Jugendorganisation, dem Bildungsweisen usw. Zum Schluß betonte er, daß, obwohl nicht alles geschaffen werden konnte, der Bundesvorstand seine Arbeiten diesem Kongress zur Kritik unterstelle.

#### Die Aussprache über den Bericht des Bundesvorstandes und das Schlußwort Leiparts.

In der Aussprache über den Bericht des Bundesvorstandes wurde das Wirken desselben voll anerkannt. Daran änderten auch die beiden kommunistischen Redner nichts, die den Versuch einer Kritik unternahmen. Im besonderen wurde von den verschiedensten Rednern die durch den Rechtskurs der Reichsregierung und ihrer nachgeordneten Stellen herbeigeführte Reaktion auf dem Gebiet des Lohn-, Vertrags- und Schlichtungswesens gestreift.

In seinem Schlußwort stellte Leipart fest, daß er erstaunt sei, daß so wenig Kritik an den Taten und Missetaten des Bundesvorstandes hervorgebracht worden sei, da er persönlich sich freue, wenn die Arbeiten des Bundesvorstandes stark unter die Lupe der Kritik genommen werden. Die kommunistischen Redner haben aber nur Versuche der Kritik unternommen. Es waren aber keine Anklagen, die sie vorbrachten, sondern nur die alten unabweisbaren Verdächtigungen. Und darum verlagten diese Kritiker kläglich, denn Beweise ihrer Anschuldigungen haben sie nicht erbracht. Ich bedaure dieses, weil dadurch die Kritik jeden Wert verliert. Ueberzeugen lassen sich diese Kollegen ja nicht, sie dürfen sich ja nicht überzeugen lassen, weil außenstehende Stellen ihnen das verbieten. Dies ist bedauerlich, aber angesichts der bekannten Tatsachen nicht zu ändern.

Die Aussprache hat unterstrichen, daß die Gesetzgebung uns nicht freundlich ist, daß wir schwer gegen die rückwärtstreibenden Gewalten zu kämpfen haben. Aber das soll uns nicht schrecken. Wenn ein Gesetz gegen unsern Willen und gegen unsere vitalen Interessen Recht geworden ist, dann haben wir die Pflicht, auf legalem Wege für die Aenderung und Beseitigung dieses Gesetzes zu kämpfen.

Die Arbeitszeitverordnung hat dem Achtkundentage den Boden nicht entzogen. In meiner schriftlichen Darstellung der Dinge habe ich darauf hingewiesen und ich unterstreiche nochmals, daß durch diese Verordnung die achtkundige Arbeitszeit nicht hinlänglich gemacht worden ist. Ihr Wortlaut sagt das ganz deutlich und noch keine entscheidende Stelle hat dieser Verordnung eine andere Interpretation gegeben, als wie ich es getan habe. Allerdings hat die Regierung diese Verordnung nicht in dem gegebenen Sinne ausgeführt, daß hat die Massen verzerrt.

Wir sollen uns aber auch hüten, all unsere Hoffnungen auf die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu konzentrieren. Wir treten dafür ein, aber das sollen sich besonders die Metallarbeiter gesagt sein lassen, daß das Washingtoner Abkommen den starken Achtkundentag nicht bringt. Darum ist ihr Vorstoß in der Richtung der Herbeiführung eines Volksentscheides zur Ratifizierung des Abkommens in der vorliegenden Form mehr wie gewöhnlich zu prüfen. Aber hat der Bundesvorstand in dieser Frage nicht alle

Beschlüsse des Kongresses und des Bundesauschusses ausgeführt? Darum verleihe ich den Antrag der Metallarbeiter und die ihm innewohnenden Methoden nicht. Die ganze Sache ist eine Frage der Taktik. Der gesamte Kongress und alle hinter ihm stehenden Gewerkschaften müssen den festen Willen bekunden, alle Kräfte dort einzusetzen, wo der Achtkundentag verloren gegangen ist. Dort muß er wieder zurückerobert werden. Für den Kampf um den Achtkundentag muß die Einheitsfront gestiftet werden, die schon vorhanden ist.

In der Lohnfrage hoffe ich, daß die anwesenden Vertreter der Regierung sich die an dieser Stelle in ehrlicher Entrüstung gesprochenen Darlegungen zu Herzen nehmen. Die Unternehmer werden in ihrem Kampf gegen die Löhne und Arbeitsbedingungen fortfahren. In Leipzig ist erst dieser Tage eine neue Rundgebung des Hauptauschusses der deutschen Metallwarenindustrie erfolgt, die sich dafür ausspricht, daß eine Preisentzerrung nur dann erfolgen kann, wenn die Preise der Rohstoffe, die Löhne und die sozialen Lasten abgebaut werden. In dieser Abwehr dieser Unternehmeroffensive ist der Gewerkschaftskongress völlig einig. Darüber brüde ich meine Freude und Befriedigung aus, in diesem Kampfe wird der Gemeinschaftsgebante uns alle verbinden. (Fortf. folgt.)

### Beschlüsse des 12. Gewerkschaftskongresses.

#### Zur Lohnfrage:

„Die von den deutschen Unternehmerverbänden verfolgte Lohnpolitik führt andauernd zu umfangreichen Lohnkämpfen, die die deutsche Wirtschaft unheilvoll erschüttern. Die Löhne des weitaus größten Teils der deutschen Arbeitnehmer erreichen bei weitem nicht den Realwert der Vorkriegslöhne. Ihre Kaufkraft sinkt immer tiefer mit dem Steigen der Lebenshaltungskosten. Durch die von der Reichstagsmehrheit jetzt beschlossenen Zoll- und Steuererhöhungen tritt eine weitere allgemeine Preiserhöhung ein, die durch die Erhöhung der Wohnungsmieten noch verschärft wird. Die hierdurch bedingten Lohnkämpfe müssen in naher Zukunft noch sehr viel umfangreicher und erbitterter werden.“

Die Unternehmer versuchen, den von ihnen systematisch geführten Lohndruck als eine sich zwangsläufig aus der deutschen Wirtschaftslage ergebende und für die Arbeitnehmer unausweichliche Konsequenz zu rechtfertigen. Unter dem Vorwand, dem Interesse der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes zu dienen, propagieren die Unternehmer Lohnkämpfe, deren Ziel ist, durch niedrige Löhne die Konkurrenzfähigkeit deutscher Waren auf dem Auslandsmarkt zurückzugewinnen. In Verteidigung ihrer verhängnisvollen Lohnpolitik klagen sie unter skrupelloser Beeinflussung der Regierung und der Öffentlichkeit die Gewerkschaften an, in einseitiger Interessenverletzung durch unerfüllbare Lohnforderungen den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu verhindern und das Land einer neuen Inflation entgegenzutreiben.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erblickt in den Einwänden der Unternehmer das rücksichtslose Streben, völlig einseitig nur die eigenen Interessen zu vertreten. Er erklärt, daß die Fehler und Versäumnisse, die das Unternehmertum während der Inflationszeit begangen hat, nicht ausgeglichen werden können durch einen weiteren Druck auf die lebendige und arbeitsbereite Volkskraft, die in der Arbeiterschaft zur Entfaltung drängt. Unter voller Würdigung aller auf der deutschen Wirtschaft ruhenden Lasten gibt der Kongress dem festen Willen der Gewerkschaften Ausdruck, der Arbeiterschaft, die in den vergangenen Jahren ungezählte Opfer auf sich genommen hat, eine angemessene Lebenshaltung zu ermöglichen. Denn die Hebung der Kaufkraft und der Lebenshaltung der breiten Massen ist notwendig und nutzbringend für die deutsche Wirtschaft und für das gesamte deutsche Volk.

Der Kongress ermutigt die Arbeiterschaft, den Kampf um einen gerechten Lohn mit Energie und Ausdauer zu führen. Denn dieser Lohnkampf ist zugleich ein Kampf um den Anteil der Arbeiterschaft an allen Kulturwerten des Volkes. Alle Kräfte müssen daher in ihm vereint werden.“

#### Zur Arbeitszeit:

„Seit dem im November 1918 mit Zustimmung der Arbeitgeber durchgeführten Achtkundentag durch die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 der gesetzliche Boden entzogen wurde, ist ununterbrochen in der deutschen Wirtschaft der Kampf um die Arbeitszeit. Unter Bruch des von ihnen unterschriebenen Abkommens vom 15. November 1918 haben nach Aufhebung der Demobilmachungsverordnung die Arbeitgeberverbände fast überall eine rein mechanische Verlängerung der Arbeitszeit betrieben mit dem Vorwand, daß die Mehrarbeit Voraussetzung zur Gesundung der deutschen Wirtschaft sei.“

Die Erfahrung hat seitdem gezeigt, daß durch die erzwungene Mehrarbeit die Produktivität nicht gesteigert worden ist, weil die Arbeitsintensität nicht steigt mit der verlängerten Arbeitszeit. Das ist durch wissenschaftliche Feststellungen erhärtet, die im Gegenteil nachweisen, daß der günstigste Leistungseffekt bei verkürzter Arbeitszeit, insbesondere auch in kontinuierlichen Betrieben durch Einführung des Dreischichtensystems, zu erzielen war.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands steht nach wie vor fest zu der alten sozialpolitischen Forderung der Arbeiterschaft nach dem Achtkundentag. Die Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden ist die erste Voraussetzung für die Hebung der kulturellen und gesundheitlichen Lage der Arbeiter.

Der Kongress stellt daher mit Befriedigung fest, daß es den Gewerkschaften gelungen ist, für mindestens die Hälfte der deutschen Arbeiterschaft den Achtkundentag zu erhalten oder zurückzugewinnen. Er bekräftigt den entschlossenen Willen der Gewerkschaften, ihn auch in den Betrieben wieder zu erobern, in denen er zurzeit noch überschritten wird. Da auf die Einsicht der Arbeitgeber, deren Forderung nach verlängerter Arbeitszeit nur ihren machtpolitischen Bestrebungen und ihrer Gegnerschaft gegen eine freie Entwicklung der Arbeiterklasse entspringt, nicht zu rechnen ist, fordert der Kongress von der Reichsregierung und dem Reichstag ein beschleunigtes Arbeitszeitgesetz, das die Sicherung des Achtkundentages für die Arbeitnehmer wiederherstellt.

Der Kongress kann leider auf Grund des bisherigen Verhaltens der Regierung von diesem Appell keinen entscheidenden Erfolg erhoffen. Er fordert daher zugleich die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterschaft auf, in ihrem Kampf um die tarifvertragliche Festlegung des Achtkundentages nicht nachzulassen, sondern ihn ungehindert mit allen gewerkschaftlichen Mitteln bis zum endgültigen Siege fortzuführen. Nur eine geschlossene Front der Arbeiterschaft kann den endlichen und beständigen Sieg des Achtkundentages verbürgen.“

#### Betriebsräte:

„Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands bekräftigt erneut die Beschlüsse über die Aufgaben der Betriebsräte und ihre Unterstützung durch die Gewerkschaften, die der Gewerkschaftskongress in Leipzig 1922 gefaßt hat. Er stellt mit Befriedigung fest, daß die große Mehrheit der Betriebsräte ihre Tätigkeit im Sinne dieser Beschlüsse ausgeübt hat. Die Betriebsräte haben sich innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung bewährt. Es ist die Pflicht der Gewerkschaften und aller Gewerkschaftsmitglieder, ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben weiterhin alle Hilfe zu gewähren.“

Das Mitbestimmungsrecht kann erfolgreich nur von den Gewerkschaften gewahrt werden. Es ist ein wichtiger Teil der Arbeiterrechte und muß tariflich und gesetzlich weiter ausgebaut werden. Die angestrengtesten Bemühungen der Unternehmer, die Betriebsräte den Gewerkschaften zu entreißen, sowie durch Werkgemeinschaften und Betriebsvereinbarungen die Gewerkschaften bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuschalten, sind gegen das Mitbestimmungsrecht gerichtet und müssen nach wie vor von der gesamten Arbeiterschaft abgelehnt werden.

Der Kongress hält mit Entschiedenheit an dem Grundsatz fest, daß als Träger des kollektiven Arbeitsrechts auf Arbeitsebene allein die Gewerkschaften in Frage kommen. Er erklärt, daß jeder Versuch, in dem zukünftigen Tarifvertragsgesetz auch Betriebsvereinbarungen als Tarifverträge anzuerkennen, von den Gewerkschaften aufs äußerste bekämpft und unbedingt abgelehnt werden muß.“

#### Zur Technischen Nothilfe:

„Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands bekräftigt den Beschluß des Gewerkschaftskongresses in Leipzig und fordert erneut die Auflösung der Technischen Nothilfe und ähnlicher Einrichtungen. In allen Berufen werden bei Streiks die erforderlichen Notarbeiten entsprechend den gewerkschaftlichen Satzungen und Anweisungen verrichtet. Gerade die völlig unberechtigte Einziehung der Technischen Nothilfe hat bei manchem Streik in der jüngsten Vergangenheit vermeidbare Schwierigkeiten und Schäden herbeigeführt.“

Trotzdem die Technische Nothilfe bei ihrer Gründung nur als eine vorübergehende Notmaßnahme bezeichnet wurde, verlangte die Reichsregierung auch in diesem Jahre noch erhöhte Etatmittel zum Ausbau und zur Fortführung dieser gegen die Interessen der Arbeiter gerichteten Organisation. Der Kongress fordert vom Reichstag, daß die Auflösung der Technischen Nothilfe unverzüglich vorbereitet wird. Da der völlig unbegründeten Herausgabe von Reichsmitteln für die Technische Nothilfe die Tatsache gegenübersteht, daß andere notwendige Ausgaben für kulturelle und soziale Zwecke immer wieder mit dem Hinweis auf die finanzielle Notlage des Reiches abgelehnt worden sind, ist diese Forderung der Gewerkschaften um so mehr begründet.“

### Breslauer Abende.

Es ist für die Breslauer Arbeiterbewegung in den Nachkriegsjahren einer der größten Mitspieler, den sie aufzuweisen hat, daß sie von allem Anfang eifersüchtig auf die Einheit und Geschlossenheit der gesamten Bewegung achtete. Während in anderen Groß- und Zerplitterung vor sich ging, stand die Breslauer Arbeiterschaft, geführt von weißblonden Männern, fest und geschlossen zusammen. Daß diese Einheit, diese Stetigkeit der Bewegung sich geistig auch auf die Arbeiten des zu Ende gegangenen Kongresses übertrug, wird nicht Wunder nehmen. Schon vom ersten Tage an wurde zwischen der Breslauer Arbeiterschaft und den Kongreßteilnehmern der innigste Kontakt hergestellt. Der Bruder kam zum Bruder! Mit ehrlicher Offenheit und ehrlicher Freude wurden die Kongreßteilnehmer empfangen. Ohne große Worte, ohne Feierlichkeit: ein ehrlicher Händedruck, ein freudiger Gruß in schlesischer Mundart, und die Bande der Brüderlichkeit wurden um alle geschlungen.

Schon der am 30. August stattgefundene Empfangsabend, dem die Breslauer Arbeiterschaft den Kongreßteilnehmern gab, zeigte das Bild. Alle Teilnehmer wurden von den Vertretern der Breslauer Gewerkschaften auf das herzlichste begrüßt. Alles ging ohne Formlichkeit, aber mit um so größerer Freude vor sich. Es war ein großer Familienabend, wenn man diesen Empfangsabend so bezeichnen darf. Zwar bot ein Breslauer Orchester erlesene Genüsse, aber an diesem Abend war der Sinn nicht auf Kunstgenuss eingestellt: die Freude des Wiedersehens beherrschte die Stimmung. Nur allzu schnell verrannen die schönen Stunden. Doch der Kongress sollte ja eine Woche tagen, darum fiel der Abschied nicht schwer.

Vor dem Beginn der Tagung wurde durch eine Deputation des Kongresses ein Kranz am Grabe Ferdinand Lassalles niedergelegt. Dem großen Kämpfer eine Widmung in den Farben der Republik.

Anderen Tages vereinigten sich die Teilnehmer des Kongresses mit den Vertretern der Breslauer Gewerkschaften abends im Lohentheater. Gerhart Hauptmanns „Hilberpelz“ ging über die Bretter. Diese Diebstahlskomödie, die von den Geistes des alten Obrigkeitstaates durch Aufzuchtungsverbote bedrückt, in unserer Erinnerung lebt, stellte die Verbindung mit dem geistigen Schließen in bester Weise her. Der Dichter, der große Sohn Schlesiens, tonterseits in diesem Stücke die alten verschwundenen Mächte, und es will scheinen, daß er in dieser herben Komödie die Vorahnung dichterisch andeutete, daß die alten Mächte an ihrer eigenen Unfähigkeit zugrunde gehen werden.

Ein Abend der Woche wurde den Breslauer Gewerkschaften geweiht. Versammlungen, Rundgebungen und Zusammenkünfte fanden statt. Unsere Breslauer Freunde hatten eine Zusammenkunft der Funktionäre der Steinmessen und Steinseker veranstaltet. Die Steinseker hatten das in ihrem Besitz befindliche hundertjährige Junfitergut ausgestellt. Darüber wird in der nächsten Nummer dieser Zeitung weiteres mitgeteilt werden. Kollege Kotira, unterstützt von dem letzten „jüngsten Junggesellen“ Schröder, zeigte einige der Junfitergeräthe und die streng vorgeschriebene Art der Benutzung dieser Geräte. Kollege Knoch frische alte Erinnerungen von seinem ersten Erscheinen in Breslau auf, das schon über ein Menschenalter zurückliegt, dabei betonend, daß in Breslau früher ein scharfer Polzeiwind wehte. Heute aber hat die Stadt den Gewerkschaftskongress zur Beschäftigung der städtischen Altertümer eingeladen. Eintr und jetzt! — Da es dem Verbandsvorsitzenden Winkler nicht möglich war, an dem Sonntag nach dem Kongress stattgefundenen gemeinsamen Versammlung beider Breslauer Zahlstellen teilzunehmen, richtete er an die Funktionäre einige erste Worte. Er ging auf die Stellung unserer Organisation im Rahmen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ein und zeichnete ein Bild unserer großen und schweren Kämpfe, aber auch unserer Erfolge. Für die weitere Stärkung und Festigung des Verbandes mußte jeder Kollege eintreten. Die Breslauer Kollegen werden ihre Pflichten erfüllen. Nur zu schnell entwich die Zeit und zu später Stunde trennten sich die Kollegen und strebten ihren Penaten zu.

Der Donnerstag nachmittag war sühnungsfrei. Die Breslauer Gewerkschaften hatten einen Ausflug nach Zobten arrangiert. Verlockend war das trübe und regnerische Wetter zu einem Ausfluge nicht. Aber der Wettergott war den Wanderern hold. In einträuglicher Bahnfahrt ist das Städtchen Zobten erreicht. Mit Musikbegleitung halten die Kongreßteilnehmer ihren Einzug; eine gute Tasse Kaffee wird im Schützenhause eingenommen, dann erfolgt der Aufbruch zum Kreuzberg. Manchen bringt der Aufstieg in Schweiß, nicht überall sind solche gute Trainingsobjekte für Bergsteiger, als wie in Schlesien vorhanden. Den Kreuzberg krönt ein Aussichtsturm in der Art der Entwurfe des Professors Kreis. Wir steigen zum Turm. Aber hier oben weht ein Wind, der sich in immerwährenden Angriffen auf die Kopfbedeckungen ergeht. Freund Gort ist mit der Aussicht auf das weite schlesische Land nicht zufrieden. „Nicht einmal die Striegauer Berge kann man sehen.“ Ich tröste ihn: Schau sie dir an, wenn du heim nach Striegau kommst.“ Und nun erwacht im Kollegen Gort der Organisationsseifer. „Da siehst du Ströbel liegen, dort Gorka, dort Qualkau, überall Zahlstellen unseres Verbandes.“ Ein guter Granit wird dort gebrochen. Greifbar nahe sind die Steinbrüche. — Doch der Wind auf dem granitenen Turme zwingt zur Umkehr. Kalt peift er durch die Knochen. Aus solchen Nöten rettet ein alter „Schlesischer“, der in einem improvisierten Lager im Nadelholz unterhalb des Turmes verankert wird und die diversen warmen Würste. Bald entwickelte sich hier im Walde ein lustiges Treiben, dem kurze Regenschauer keinen Einhalt geboten. Das Jammern über die Beschwerden des Aufstieges und die Wiße über die Steinseker, die diese Gebirgswege noch nicht mit besten Mosaik pflasterten, sind verstummt. Dem Genue der Stunde ist jeder hingegeben. Nur zu schnell verrinnt die Zeit. Vor Einbruch der Dunkelheit beginnt der Abstieg, im Schützenhause in Zobten versammelten sich die Teilnehmer wieder. Die Zeit zum gemeinsamen Aumarsh nach Bahnhof ist gekommen. Reichsbannerleute von Ströbel und Qualkau geben mit Fadeln das Geleite. Doch ehe der Zug sich formiert, stößt Freund Gort einen Freudenruf aus. „Das sind ja Steinarbeiter und Verbandsmitglieder von Ströbel und Qualkau, alle in Reichsbanneruniform.“ Jetzt tauchten alte bekannte Kollegen auf; Freund Winkler richtete herzliche Worte an sie mancher Händedruck wurde ausgetauscht, Kollege Reimann-Ströbel, Teilnehmer an unserm Verbandstage in Weimar, ist mitten unter ihnen. Die

Fadeln werden angezündet und unter den Klängen von Marschweisen und dem Gesang der alten Freiheitslieder bewegte sich der Zug zum Bahnhof. Nicht lange ist des Bleibens mehr; zu schnell naht die Abschiedsstunde. Der Zug setzt sich in Bewegung, ein letzter Abschiedsgruß und unter dem Fadelnscheine unserer Kollegen geht's Breslau zu.

Diese abendliche Rückfahrt wird jedem Teilnehmer unvergessen bleiben. Auf allen Bahnhöfen, die der Zug langsam durchfuhr, war die Arbeiterschaft zusammengezogen, um die Kongreßteilnehmer begrüßen zu können. Gewerkschaften, Reichsbanner, Turn- und Arbeitersportvereine bildeten ein Spalier von Fadeln und Rotfeuern für den Zug. Der Jubel kannte keine Grenzen. Es war ein Triumphzug der deutschen Arbeiterbewegung und ein wesentlicher Teil unserer Verbandsmitglieder wird die Genugtuung haben, Zeuge desselben gewesen zu sein.

Die größte Veranstaltung der Breslauer Arbeiterschaft war dem Schlußtage des Gewerkschaftskongresses gewidmet. In einer gewaltigen Demonstration wurde Zeugnis von der Stärke der Breslauer Arbeiterbewegung gegeben. 60 000 Arbeiter bewegten sich in einem geschlossenen Fadelzuge durch die Stadt. Das Ziel der Demonstration war das Gelände der Jahrhunderthalle. Um den dieser Halle im Halbkreis vorgelagerten und von einer Pergola umgrenzten Teiche sammelten sich Tausende und Abertausende von Fadelträgern. Ein Bild von solcher Wucht, Größe und Schönheit bleibt haften. Unter dem Lichte mächtiger Scheinwerfer zeigten die Sportvereine gewaltige Gruppendarstellungen. Diese machtvolle Demonstration für die freie Arbeiterbewegung wird lange noch nachklingen. Ein Riesenschor der Breslauer Arbeiterjäger sang „Empor zum Licht“, worauf das Mitglied des Bundesvorstandes, Egger, durch ein Sprachrohr an die Tausende folgende Abschiedsworte richtete:

„Der Bundesvorstand und der Gewerkschaftskongress, sowie alle ausländischen Kollegen entbieten euch, Genossen von Breslau, ihre herzlichsten Grüße. Wir sind hierher gekommen, um in erster Beratung über Mittel zur Fortführung des großen Befreiungstempes zu beraten, von dem ihr Breslauer eine Pioniertruppe darstellt. Wir haben mit großer Freude eure innige Teilnahme an unseren Arbeiten verspürt, wir haben empfunden, wie eure Herzen begeisterungsvoll der großen Sache entgegenstiegen. Das Werk, das der Kongress in dieser Woche leistete, ist von höchster Wichtigkeit und steigt in seinem Werte dadurch, daß fast seine gesamten Beschlüsse mit Einmütigkeit gefaßt sind; Beschlüsse, die dahin zielen, der jetzigen Regierung und dem deutschen Unternehmertum unseren Trost, unseren Kampfeswillen erneut zu bekunden.“

In eurem Kreise hat sich der Kongress sehr wohl gefühlt. Wir sind über eure großartige Organisation, die in dieser ganzen Woche, und besonders bei dem Fadelzug zum Ausdruck gekommen ist, hocherfreut. Ihr macht uns den Abschied fast zu schwer. Aber die Pflicht des Tages ruft. Wir gehen nach Hause, um die Saat, die der Kongress austreute, zu hegen und zu pflegen. Unsere gemeinsame, große Aufgabe ist, fernstehende Arbeitermassen um unsere Fahnen zu scharen, damit wir unseren Befreiungskampf um engültigen Siege führen können. Mit uns das Volk! Mit uns der Sieg!“

Ein Feuerwerk bildete den Schluß und unter dem Gesange der Internationale zogen die Gruppen der Teilnehmer heimwärts.

### Zur Wohnungsfrage:

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß der Bundesvorstand in Vertretung der Beschlüsse des Leipziger Kongresses im Jahre 1922 die Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen durch die Gründung der Deutschen Wohnungsfürsorge-Aktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter (Demog) nachdrücklich gefördert und die Interessen des werktätigen Volkes an gebunden und preiswerten Wohnungen gegenüber den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden wahrgenommen hat.

Im Hinblick auf die gerade in den letzten Monaten ständig wachsenden Forderungen der Vertreter des privaten Haus- und Baukapitals erklärt der Kongress von neuem, daß die Wohnungsnot und das Wohnungselend nicht auf privatwirtschaftlichem, sondern nur auf gemeinwirtschaftlichem Wege beseitigt werden können. Die von den Regierenden des Reiches, der Länder und vieler Gemeinden geförderte privatwirtschaftliche Bautätigkeit hat die Wohnungsnot nicht gelindert, sondern vielmehr durch eine gewalttätige Abschneidung der gemeinwirtschaftlichen Bautätigkeit noch vermehrt. Mehr als eine Million deutscher Staatsbürger warten heute noch auf die in der Reichsverfassung versprochene gesunde Wohn- und Wirtschaftshausstätte; und mehr als zehn Millionen Familien sehen sich von einer Mietssteigerung bedroht, die nicht nur jeden Haushalt unantastbar belasten muß, sondern auch die Konkurrenz der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt aufs schärfste bedroht.

Der Kongress sieht sich daher veranlaßt, schärfsten Protest einzulegen:

Gegen die aller sozialen Gerechtigkeit spottende Durchführung der Hauszinssteuer und ihre Verwendung für andere Zwecke als zur Behebung der Wohnungsnot.

Gegen die wirtschaftsfeindliche und die Existenz des arbeitenden Volkes aufs schärfste bedrohende Erhöhung der Mieten zugunsten des privaten Hausbesitzes und rein fiskalischer Zwecke.

Gegen die Beseitigung des Mieterrechtes und der gebundenen Wirtschaft im Wohnungswesen.

Der Kongress beauftragt den Bundesvorstand, die von ihm bisher verfolgte Interessenerziehung der Arbeiterschaft zugunsten einer sozialen Wohnungswirtschaft mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln weiter fortzusetzen. Er ruft alle Organe der Gewerkschaften und die Mitglieder auf, im Sinne einer praktischen Förderung der Gemeinwirtschaft im Wohnungs- und Bauwesen tätig zu sein.

Der Kongress begrüßt und billigt es, daß der Bundesvorstand die gemeinsamen Interessen aller Gewerkschaften in der Wohnungswirtschaft auf dem Wege der Selbsthilfe zu fördern bemüht war, und empfiehlt allen Verbänden und Ortsausschüssen, diese Selbsthilfe in der Wohnungswirtschaft durch den Ausbau bestehender und durch die Gründung neuer Wohnungsfürsorgegesellschaften und gewerkschaftlich kontrollierter Baugenossenschaften weiter auszubauen. Die Deutsche Wohnungsfürsorge-A.G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter (Demog) ist als Zentralfstelle gewerkschaftlicher Wohnungsfürsorge anzuerkennen und nach Möglichkeit zu stärken.

### Zur Heimarbeit:

Die letzte Heimarbeiterausstellung hat bewiesen, daß auch heute noch Heimarbeit vielfach Elendsarbeit ist, daß immer noch zahlreiche Arbeitskräfte in endloser Arbeitszeit in der Heimarbeit sich abmühen und doch nicht einmal so viel verdienen, um sich und ihre Familie sattmachen zu können.

Die Heimarbeiterausstellung hat ferner gezeigt, daß zwar durch die zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen, manchmal auch mit Hilfe der auf Grund des Heimarbeitsgesetzes gebildeten Fachauschüsse verhältnismäßig günstige Lohnsätze mit verbindlicher Kraft für die Heimarbeiter geschaffen worden sind, daß aber in zahlreichen Fällen trotzdem erheblich niedrigere Löhne gezahlt werden, und daß nur selten in der Heimarbeit tätige Arbeitskräfte es wagen, die tarifliche Bezahlung zu verlangen oder sie einzufordern.

Die Ursache hierfür ist die ungeheuer große Konkurrenz unorganisiertester Arbeitskräfte in der Heimarbeit, deren Mehrzahl verheiratete Frauen bilden, die Heimarbeit als willkommenes Zubehör ausüben und sich deshalb mit geringerem Verdienste begnügen als diejenigen Frauen und Männer, die ihren Lebensunterhalt und den ihrer Kinder allein durch Heimarbeit erwerben müssen.

Unter den unorganisierten Heimarbeiterinnen, die diese Konkurrenz betreiben, sind viele Frauen und Töchter organisierter Arbeiter, die für sich durch ihre Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation die Pflicht anerkennen, an dem Kampf der Arbeiterklasse um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen.

Alle Gewerkschaften fordern von ihren Mitgliedern die Ausbreitung des Solidaritätsgedankens in den Kreisen ihrer Arbeits- und Klassengenossen als eine moralische Pflicht. Diese Verpflichtung schließt auch das Wirken für den Solidaritätsgedanken in der eigenen Familie ein, wie es frühere Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse schon wiederholt zum Ausdruck gebracht haben.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erneuert diese früheren Beschlüsse und fordert alle Mitglieder der Gewerkschaften auf, in Zukunft mehr als bisher dahin zu wirken, daß ihre Frauen und weiblichen Familienangehörigen, die Heimarbeit verrichten, sich der für ihren Berufsweig zuständigen Gewerkschaft anschließen und die von der Gewerkschaft abgeschlossenen Lohnabkommen unbedingt einhalten.

### Zur Berufsschule:

Die Gewerkschaften erkennen die Berufsschule als eine unbedingt notwendige Bildungsstätte für die heranwachsende Jugend an. Um die schulentlassene Jugend zur Arbeit im Beruf, im Staat und in der Gesellschaft erziehen zu können, wie es ihre Aufgabe ist, muß die Berufsschule mehr als bisher neuzeitliche Lehrweisen und Lehrmittel zur Anwendung bringen. Dies sowie die gebotene Rücksichtnahme auf die geistigen und seelischen Eigenarten der im schwierigsten Lebensabschnitt sich befindenden Jugendlichen lassen eine sorgfältige besondere Auswahl der Lehrkräfte erforderlich erscheinen. Ihnen muß weitest mögliche Gelegenheit zur eigenen Weiterbildung geboten werden. Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands kann aber die Forderung, das vollendete Hochschulstudium zur Voraussetzung für die Lehrtätigkeit zu machen, nicht als berechtigt ansehen. Es muß auch tüchtigen Kräften aus der praktischen Berufsarbeit der Weg zur vollberechtigten Lehrtätigkeit an Berufsschulen offen bleiben.

Dem Unterricht in Staatsbürger- und Lebenskunde soll genügend Raum gewährt werden; bisher mußte jedoch festgestellt werden, daß hierbei die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation sowie der neuen arbeitsrechtlichen Verhältnisse (Betriebsräte, Kollektivverträge usw.) noch nicht die verdiente Würdigung findet. Wo die Lehrkräfte für diese Anforderungen nicht ausreichen, müssen geeignete Personen (Gewerkschaftsführer, Arbeitersekretäre, Gewerkschaftslehrer) mit herangezogen werden.

Die Erteilung von Religionsunterricht, auch die wahlweise, ist nicht Aufgabe der Berufsschule.

Die wiederholten Versuche von Unternehmervereinigungen, den Wirkungsbereich der Berufsschule einzugrenzen, zum Beispiel durch die Forderung des Abendunterrichts und der Herabsetzung der Ausgaben, würden, wenn sie Erfolg hätten, die Unterrichtserfolge stark beeinträchtigen. Die örtlichen Gewerkschaftsleitungen werden deshalb aufgefordert, gegen solche Vorstöße ganz entschieden, möglichst gemeinsam mit der Berufsschullehrerschaft Stellung zu nehmen. Die Gewerkschaften halten nicht einen Abbau, sondern einen weitgehenden Ausbau der Berufsschule für eine volkswirtschaftliche und sozialpädagogische Notwendigkeit. Sie fordern deshalb die reichsgesetzliche Regelung des Berufsschulwesens und unterstützen den Entwurf eines Reichsberufsschulgesetzes, der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bereits im Februar 1925 eingebracht wurde.

### Zum Berufsausbildungsgesetz:

Der im Sommer 1923 fertiggestellte Referentenentwurf eines Berufsausbildungsgesetzes stellt gegenüber der bisherigen Regelung des Lehrlingswesens einen gewissen Fortschritt dar. Er gibt der Arbeiterschaft die seit langem geforderte Möglichkeit zur Mit-

wirkung, räumt jedoch dem Handwerk in einzelnen Fällen wieder eine Vorzugstellung ein. Diese Sonderbehandlung entspricht nicht den wirtschaftlichen Erfordernissen und auch nicht dem Grundgedanken der Gleichberechtigung.

Es ist weiter ein Mangel des Entwurfs, daß die Regelung des Lehrlingswesens durch Tarifverträge oder besondere Lehrlingsordnungen keine Würdigung gefunden hat.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands fordert, daß die bereits in den Vorberatungen erhobenen Forderungen der Gewerkschaften von der Regierung bei der Fertigstellung des endgültigen Entwurfs berücksichtigt werden. Er erwartet weiter, daß der Entwurf nunmehr beschleunigt dem Reichstage vorgelegt und zur Verabschiedung gebracht wird.

### Zu den Genossenschaften:

Eine wertvolle Ergänzung des gewerkschaftlichen Kampfes um möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter ist die Konsumgenossenschaftsbewegung, denn sie fördert die Erhaltung der Kaufkraft des Arbeiterlohnes.

Die Konsumgenossenschaften sind berufen, gute, unverfälschte und vollgewichtige Waren zu mäßigen Preisen zu vertreiben. Der Betrieb überläßt bereichert keinen Privatunternehmer, sondern wird zur Stärkung und Entwicklung des Betriebes verwendet und teilweise an die Mitglieder zurückvergütet.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine betreibt zur Zeit 12 Zentrallager in allen Teilen Deutschlands und etwa 30 Fabriken zur Herstellung von Waren für den täglichen Bedarf, die unter dem Namen „GEG-Artikel“ in allen Konsumgenossenschaftlichen Verteilungsstellen zu kaufen sind. Auch die Großeinkaufsgesellschaft arbeitet nach denselben Grundsätzen wie die Konsumgenossenschaften. Eine gemeinschaftliche Gründung der Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften ist die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volks- und Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft „Volksfürsorge“. Deren Schwesterorganisation ist die neu errichtete Feuer- und Sachversicherungs-Aktiengesellschaft „Selbsthilfe“.

Das Eigentumsrecht an allen diesen Unternehmungen haben die breiten Massen der Mitglieder. Durch die Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung und deren angeschlossenen und verwandten Organisationen wird die Gemeinwirtschaft gefördert und ein erfreulicher Schritt zu dem Ziel getan, das sich die Arbeiterbewegung gesetzt hat.

Die von den Konsumgenossenschaften verteilte Rückvergütung ermöglicht es den Arbeiterfamilien, Rücklagen anzuhäufeln, die einen wertvollen Notfonds in Zeiten der Krankheit, der Arbeitslosigkeit und auch der gewerkschaftlichen Kämpfe bilden.

Es liegt daher im wohlverstandenen Interesse aller Arbeiter und Arbeiterinnen und deren Hausfrauen, sich den Konsumgenossenschaften anzuschließen und ihren gesamten Warenbedarf in den Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften zu decken sowie ihre Versicherungen nur bei der „Volksfürsorge“ und der „Selbsthilfe“ abzuschließen.

### Zur „Volksfürsorge“:

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands fordert alle Gewerkschaftsmitglieder und deren Frauen auf, die Förderung und Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung und der genannten Versicherungsgesellschaften sich aufs eifrigste angelegen sein zu lassen und in der Betätigung genossenschaftlicher Treue allen Volkstreuen vorbildlich zu sein.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem Bericht über die Entwicklung der Volksfürsorge. Er spricht seine Genugtuung darüber aus, daß es der Volksfürsorge gelungen ist, die ungeheuren Schwierigkeiten der verheerenden Inflation zu überwinden, insbesondere auch darüber, daß es der Volksfürsorge möglich war, den Versicherungsschutz bis zur Umstellung auf wertbeständige Basis aufrechtzuerhalten. Die in dem Jahre nach der Umstellung gewährten gewaltigen Leistungen an die Hinterbliebenen der in dieser Zeit Verstorbenen sind von nicht zu unterschätzender sozialer Bedeutung. Als eine sehr wertvolle Hilfe auf dem Gebiete des Kleinwohnungsbaues sind die von der Volksfürsorge an die in Betracht kommenden Organisationen gegebenen hypothekarischen Darlehen zu betrachten.

Der Gewerkschaftskongress verweist auf seine früheren Beschlüsse und fordert die Gewerkschaftsmitglieder auf, der Lebensversicherung die allergrößte Beachtung zu schenken und Versicherungen auf Todes- oder Todes- und Erlebensfall nur bei der von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründeten Volksfürsorge abzuschließen. Eine Beteiligung an Gründungen von Versicherungseinrichtungen irgendwelcher Art, die lediglich „als Mittel zum Zweck“ dienen sollen, ist auf das entschiedenste abzulehnen. Die Versicherung soll und darf nur Selbstzweck sein, wenn die ihr eigene soziale Bedeutung voll zur Auswirkung kommen soll.

In Ausführung dieses sowie der früheren Beschlüsse fordert der Kongress die Gewerkschaften zur tätigen Mitarbeit für die Volksfürsorge auf.

### Zur Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten-A.G.:

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands nimmt mit Freude Kenntnis von der günstigen Entwicklung, die die zufolge des Beschlusses des 11. Kongresses gegründete Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten-A.G. bislang genommen hat. Er legt als selbstverständlich voraus, daß die Bank auch weiterhin und in stets wachsendem Maße im Interesse der Gewerkschaften und ihrer wirtschaftlichen Unternehmungen tätig sein wird. Um sie dazu instandzusetzen, empfiehlt er allen Gewerkschaftsverbänden, sowie deren örtlichen Verwaltungen, sowie Einzelmitgliedern, die Einrichtungen der Bank für ihre bankmäßigen Geschäfte zu benutzen. In die Mitglieder richtet er insbesondere die Mahnung, von den neuen Einrichtungen der Bank für den Sparverkehr möglichst restlos Gebrauch zu machen.

### Arbeiterchutz und Unfallverhütung:

Der gesetzliche Arbeiterschutz erstreckt sich nach drei Richtungen, die sich jedoch nicht scharf voneinander trennen lassen, sondern in ihren Aufgaben und Wirkungen ineinanderfließen. Im allgemeinen unterscheiden wir einen rechtlichen Arbeiterschutz, der in der Festlegung bestimmter Rechte und Pflichten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer in bezug auf das Arbeitsverhältnis zum Ausdruck kommt, einen hygienischen Arbeiterschutz gegen gesundheitliche Gefahren im Betriebe und einen Unfallschutz. Die Anfänge des gesetzlichen Arbeiterschutzes liegen noch nicht gar zu weit zurück. Sie entstanden mit der Entwicklung der modernen kapitalistischen Produktionsweise, die es mit ihrer rücksichtslosen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft notwendig machte, durch gesetzliche Maßnahmen einzugreifen und der Verwüstung von Leben und Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung entgegenzutreten. Dem Charakter des alten Obrigkeitstaates entsprechend, handelte es sich bei diesem gesetzlichen Arbeiterschutz nur um Vorschriften, die bei den Unternehmern lange Zeit wenig Beachtung fanden. Der Arbeiterschutz war da, stand aber im wesentlichen nur auf dem Papier.

Dieser Zustand änderte sich erst mit dem Auftreten und dem allmählichen Erstarken der Arbeiterbewegung, besonders der Entwicklung der Gewerkschaften, die in zunehmendem Maße der Arbeiterschutzgesetzgebung ihre Aufmerksamkeit zuwendeten, für die Beseitigung der ihr anhaftenden Mängel sowie Durchführung der gesetzlichen Vorschriften tätig waren. Daß diese Tätigkeit der Gewerkschaften nicht vergebens war, beweist der gegenwärtige Stand des gesetzlichen Arbeiterschutzes. Selbstverständlich hatten auch ihm noch gewisse Mängel an, sind noch zahlreiche Lücken vorhanden, die der Ausfüllung harren; ein Fortschritt ist aber unerkennbar. Dennoch läßt dieser Fortschritt eine volle Befriedigung nicht aufkommen. Die gesetzlichen Vorschriften verpflichten den Unternehmer, seinen Betrieb sowie die damit in Verbindung stehenden Betriebs-einrichtungen so einzurichten und zu unterhalten, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter geschützt sind. Für die Durchführung die-

ser Verpflichtung sind die staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten, Berginspektoren, Baukontrolleure, die Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften, außerdem die örtlichen Polizeiorgane tätig. In den Betrieben wirken die Betriebsräte, auf den Bauplätzen die Vertrauenspersonen der Arbeiter auf die Einhaltung der gesetzlichen Schutzvorschriften hin. Der Kontrollapparat zur Durchsetzung des Arbeiterschutzes ist so anscheinend ein lückenloser. Rame es nur hierauf an, so müßte alles sich in bester Ordnung befinden, der Arbeiterschutz glänzend funktionieren.

Dem ist leider nicht so. Soweit die allgemeinen gesundheitlichen Verhältnisse in den Betrieben in Betracht kommen, haben sie sich gegen früher wesentlich gebessert. Wo Rückschritte zu verzeichnen sind, haben sie entweder ihre Ursache in der allgemeinen Raumnot, infolge ungenügender Bautätigkeit oder in neueren Produktionsmethoden, über deren nachteilige Wirkungen noch keine zureichende Klarheit besteht, um eine Besserung zu erzwingen. Wenn gleichwohl der Gesundheitsstand der Arbeiter nach den fortgesetzten Klagen der Krankenkassen ein ungünstiger ist, so hat das nicht so sehr in den Betriebsverhältnissen, als in den wirtschaftlichen Verhältnissen seinen Grund. Unzureichende Ernährung infolge zu niedriger Löhne, schlechte Wohnungsverhältnisse, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind es, die diesen Zustand verursachen. Hiergegen müssen alle gewerblichen Schutzvorschriften versagen. Eine Abhilfe kann nur durch Hebung der sozialen Lage der Arbeiter, Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie Wohnverhältnisse geschaffen werden. Anders wie bei dem allgemeinen Gesundheitsschutz der Arbeiter in den Betrieben äußern sich die Verhältnisse auf dem Gebiete des Unfallschutzes. Auch hier ist im Laufe der Jahre manches gebessert worden. Eine besonders merkbare Abnahme der Unfallhäufigkeit hat diese Besserung aber bis jetzt nicht gebracht. Der letzte Bericht des Reichsversicherungsamtes über die gewerblichen und landwirtschaftlichen Unfälle des Jahres 1923 wies zwar ein Zurückgehen der Unfallziffer gegenüber den früheren Jahren nach, doch beweist das für einen tatsächlichen Rückgang nichts, weil dieser im wesentlichen lediglich eine Folge der Inflationszeit mit ihrer ins ungeheure anwachsenden Arbeitslosigkeit war. Selbst aber hiervon abgesehen, muß die festgestellte Unfallhäufigkeit noch immer als eine außerordentlich hohe angesehen werden.

Wie bekannt, kommen bei den gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung jährlich rund 6 bis 700 000 Betriebsunfälle zur Anmeldung, die durchschnittlich einen Aufwand von rund 112 Millionen Mark erfordern, wobei die Kosten der Heilbehandlung durch die Krankenkassen nicht eingerechnet sind. Die Zahl der tödlich Verletzten beträgt 7 bis 10 000; entsprechend ist die Zahl der dauernd in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigten Verletzten außerordentlich groß. Das sind Verluste an Menschenleben, Arbeitskraft und Werten, die für die Betroffenen wie für die gesamte deutsche Wirtschaft schwer ins Gewicht fallen und Anlaß geben müssen, auf ihre Verminderung hinzuwirken. Bis jetzt haben die dahin gerichteten Bemühungen aber nur sehr geringe Erfolge gehabt. Bepflanzung wird zwar, daß die schweren Unfälle eine Verminderung erfahren und die gleich hoch bleibende Unfallziffer sich daraus erkläre, daß mit der Ausdehnung der Meldepflicht sowie der schärferen Erfassung der Unfälle auch die leichtesten Unfälle zur Feststellung gelangen, was die hohe amtliche Unfallziffer veranlasse. Diese Behauptung wird schon seit Jahren aufgestellt. Ihr widerspricht jedoch die Tatsache, daß die Entschädigungsziffern der Berufsgenossenschaften keine nennenswerte Verminderung aufweisen, wie es der Fall sein müßte, wenn die schwereren Unfälle abnehmen. Das gleiche trifft für die sich Jahr für Jahr wenig verändernde Zahl der tödlichen Unfälle zu, was zu dem Schluß berechtigt, daß die Unfallhäufigkeit in den Betrieben nicht abgenommen hat. Sollen und können sich die Arbeiter mit dieser Tatsache abfinden und dürfen sie sich damit als etwas Unabänderliches zufriedengeben? Wenn nicht, was ist zu tun, um diese Verhältnisse zu ändern?

Daß mit allen Mitteln auf einen verstärkten Arbeiterschutz, auf eine Verminderung der Unfallhäufigkeit hingewirkt werden muß, darüber können Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen. Feststeht aber auch, daß dieses Ziel auf dem seither beschrittenen Wege nicht erreicht werden kann. Der gesetzliche Arbeiterschutz, die ihn umfassenden Vorschriften, die Beaufichtigung ihrer Durchführung, ein gesetzlicher Druck auf die Unternehmer in dieser Richtung, sowie die Mitwirkung der Betriebsräte ist hierbei nicht zu entbehren. Aber alle Vorschriften, die Aufsichts- und Revisionsstätigkeit der Behörden und sonstigen Organe müssen zum großen Teil wirkungslos bleiben, wenn sich die Arbeiter nicht selbst an der Unfallverhütung beteiligen, den gesetzlichen Arbeiterschutz durch ihre eigene Mitwirkung zur Durchführung bringen. Nur diese Mitwirkung kann eine Besserung eintreten lassen. Daß die auf die Verhütung von Unfällen gerichteten Bestrebungen bisher so geringe Erfolge aufzuweisen haben, liegt nicht nur an den von den Unternehmern den schutzgesetzlichen Maßnahmen entgegengestellten Widerständen. Mindestens im gleichen Umfange ist daran schuld die mechanische Auffassung des Unfallverhütungsproblems; desgleichen das mangelnde Verständnis, die Gleichgültigkeit der Arbeiter gegenüber den bei der Arbeit beherrschenden Gefahren und nicht zuletzt die Nichtbeachtung der psychologischen Einflüsse der Arbeit auf die Arbeiter. Die neueren Untersuchungen gerade in letzterer Richtung geben wertvolle Fingerzeige dafür, was auf dem Gebiete der Unfallverhütung zu tun ist und wie dabei die Mitwirkung der Arbeiter gewonnen werden kann. Aufgabe der Gewerkschaften wird es sein müssen, hieraus die erforderlichen Schlussfolgerungen zu ziehen. Mit.

### Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsre Vorkämpfe. Streit (Steingewinnung und -bearbeitung): In Aachen (Grabbau). Im schlesischen Sandsteingebiet (Steinmehlen, Brecher, Bildhauer und Hilfsarbeiter). In Büchelberg bei der Firma Gebr. K e r b e r und M i c h l S c h e i f l, Buch Dürberg (Unterakkordant von Gebr. Kerber), (Pflasterer und Zeitlohnarbeiter). In Hainbach (Oberfranken) bei der Firma Haberstrumpf u. Aulenbacher (Granitwerk). In Mühlhausen-Dangenau.

Gesperrt: Granitwerk Köppler in Schmalkalden. Betrieb Kappel u. Co. in Wildemann, Betrieb Johannes Sachsenheimer in Mühlbach (Baden). — Die Steinseilfirma Unglaub, Frankfurt a. D. und Mühlbach (Mark). — Die Betriebe der Firma E l l e s - W i t t e n in Schüren, Esborn und Witten sind wegen Tarifbruchs bis auf weiteres gesperrt. — Detmold: Firma Karl Meier u. Sohn.

Breslau. Am Sonntag, dem 6. September, fand eine gemeinsame Versammlung der Steinmehlen und Steinseiler statt. Die Nachbarzahlstellen hatten zu dieser Versammlung in anerkannter Weise Vertretungen entsandt. Eingangs der Versammlung begrüßte Kollege Kotira das Erscheinen des langjährigen Vorsitzenden des normaligen Steinseilerverbandes A. K n o l l. Der Anlaß des Gewerkschaftskongresses hatte ihn als Mitglied des Bundesvorstandes nach Breslau geführt. Im Namen aller Breslauer Kollegen entbot er ihm seinen Gruß. Weiter begrüßte Kollege Kotira die erschienenen Kollegen der Zahlstellen Brieg, Ohlau und Waldenburg. Dann nahm Kollege Knoll das Wort zu seinem Referat: „Gewerkschaftliche Zeit- und Streitfragen.“ Hierzu führte er folgendes aus: Auf unserem Verbandstage in Weimar haben wir uns über grundsätzliche Fragen der Gewerkschaftsbewegung in kollegialer Weise unterhalten. Auch auf dem jetzt zu Ende gegangenen Gewerkschaftskongress in Breslau sind die gleichen Fragen ausgiebig erörtert worden. Und es ist gute Arbeit geleistet worden. Die Zeit des „Nebens“ ist vorbei, die Gewerkschaften haben die Periode der inneren Erschütterungen überwunden und befinden sich in einem vielversprechenden Aufstieg. Ein Vergleich des Breslauer mit den vorausgegangenen Gewerkschaftskongressen in Leipzig und Nürnberg zeigt die Gesundung in augenscheinlicher Weise.

Auf unserem Verbandstage wurde auf dem Gewerkschafts-Kongress ist unter anderem die Organisationsfrage (Verschmelzung) erörtert und gefaßt worden. Die Steinarbeiter und Steinsetzer sind keine Gegner von Industriearbeitern. Aber den von verschiedenen Seiten geforderten Zwang zur Zusammenlegung der verschiedenen Verbände lehnen sie ab. Der Gewerkschaftskongress hat in dieser Frage, dank der Initiative des Bundesvorstandes, gute Arbeit in unserem Sinne geleistet. Damit ist der Gewerkschaftsbund außerordentlich gestärkt worden.

Weiter entwickelte Kollege Knoll ein großes wirtschaftliches Bild der Ruhrinvasion, der Folgen dieses Ruhrkampfes und der Inflation. Konnten sich die Gewerkschaften gegen diese politisch weittragenden Kräfte behaupten und die Folgen dieser Maßnahmen abwenden? Die rheinische Bevölkerung forderte den Generalkrieg. Die Arbeiter dachten nüchtern. Es wurde nur dort die Arbeit eingestellt, wo die Beschäftigung in die Wirtschaft eingriff. Zu verhindern war der Ruhrkampf nicht. Wir haben unseren Militarismus kennengelernt und bekämpft, und darum wäre es verfehlt, heute zu sagen, den fremden Militarismus im Ruhrkampf nicht entgegenzustellen. Der Bundesvorstand hat schon Ende März 1923 dem damaligen Reichskanzler Cuno seine Ansichten zum Abbruch dieses Kampfes unterbreitet. Aber die Regierung ging auf diese Anregungen nicht ein. Die nichtoffiziellen Kräfte, die diese Regierung beeinflussten, hörten nicht auf die Warnungen und Anregungen der Gewerkschaften. Leider ist die gemeinliche Ruhrhilfe von einzelnen Gewerkschaften abgelehnt worden. Der Ruhrkampf war kein Gewerkschaftskampf, er war ein Kampf der Gesamtwirtschaft, unter der auch die Arbeiter ihre Existenz eingeseht haben gegen den Militarismus Frankreichs. Darum war die Opposition gegen die Ruhrhilfe an sich nicht den Verhältnissen gerecht geworden. Wäre damals der Beschluß der Unterstützung der Ruhrkämpfer richtig durchgeführt, dann wäre der Silber-Putsch nicht zur Tat geworden. Die Unternehmer haben die von ihnen für die Ruhrzwecke gesammelten Gelder teilweise nach Bayern geleitet, und dadurch diesen Kampf um die Republik ermöglicht.

Die Inflation ist durch die endliche Inkraftsetzung der Rentenmark beseitigt worden. Silberding, nicht Helfferich, ist der Vater der Rentenmark. Aber es gab und gibt Kritiker, die den Gewerkschaften sagen, daß diese die Inflation nicht durch einen Generalkrieg beseitigt haben. Gewiß, Streiks haben die Währung beeinflusst, z. B. der Kapp-Putsch, dem eine Verschlechterung der Währung folgte. Es waren aber immer die Arbeiter, die die Folge des weiteren Währungsverfalls bezahlen mußten. Auch in Rußland ist die Hebung der Währung durch gewerkschaftliche Kampfmittel nicht möglich gewesen. Wir können sagen, daß eine Beeinflussung der Währung durch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen in positivem Sinne ein wirtschaftlicher Nonsens ist. Die Arbeiter wären die Leidtragenden in unermesslichem Maße gewesen.

Die Demokratisierung der Wirtschaft hat auf unserem Verbandstage in Weimar und auch auf dem Gewerkschaftskongress eine große Rolle gespielt. Die Behandlung dieser Frage auf dem Gewerkschaftskongress stellte den Höhepunkt der Verhandlungen dar. Sozialisierung heißt Revolution der Wirtschaft. Nach Methoden politischer Umwälzungen lassen sich Sozialisierungen nicht vornehmen. Die Wirtschaft ist ein organisch gewachsenes Gebilde, deren Umgestaltung nicht mit politischen Methoden erfolgen kann. Hier ist Aufbau auf lange Sicht die Voraussetzung des Erfolges. Die Volkshoheit der Weltwirtschaft mit den Wirtschaften der einzelnen Teile wird dieses Problem nur im Weltmaßstab zur Lösung bringen. Wir können nicht, wie Rußland, mit einer sich selbst genügenden und sich selbst erhaltenden Wirtschaft rechnen. Auch eine sozialisierte Wirtschaft hätte mit Wasser kochen müssen. Wir wollen dem Arbeiter den größtmöglichen Ertrag seiner Arbeit zuführen. Aber die sozialisierte Wirtschaft wird auch den Arbeiter nicht den Gesamtertrag seiner Leistungen zulassen können. Sozialisierung ist nicht nur eine Frage der Technik, der Arbeiterpsychologie, sondern auch des Geistes. Heute besteht keine Wirtschaft im Sinne des Volkes, alle Kräfte zu wecken, um dieses jetzt bestehende Chaos im Sinne einer wirklichen Volkswirtschaft umzugestalten, ist die Aufgabe der Gewerkschaften. Die Demokratisierung der Betriebe ist der Schritt zu diesem Ziele. Die Arbeiter müssen geteilt in die Wirtschaft hineinwachsen, hier müssen die in der Arbeiterenschaft lebenden Energien geweckt werden. Nicht den russischen Weg wollen wir gehen, der gezeigt hat, daß mit den Kräften der Technik allein die Frage der Sozialisierung sich nicht lösen läßt. Sozialismus ist die Arbeitsgemeinschaft des ganzen Volkes; er ist nur möglich durch die Demokratie.

Reicher Beifall besaßen die Ausführungen des Kollegen Knoll. Weiter ging Kollege Linke auf die jetzige wirtschaftliche Situation allgemein und die Preisentwertung der Regierung und den gewollten Abbau der Löhne durch das Unternehmertum besonders ein, dabei betonend, daß wir unsern Verband durch größte Opfer festigen müssen. Kollege Reichel-Ohlau sprach in gleichem Sinne. Kollege Kothler ging auf die Lohnfrage ein und wünschte, daß diese Frage von den Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit gewürdigt würde. Die Macht der Arbeitgeber hat sich vergrößert. Und darum heißt es, für die Stärkung der Gewerkschaften eintreten. Er richtete eine Kritik an verschiedene Stellen, die aber die Versammlung nicht ganz teilte. Mit der Sozialisierung werden wir nicht weiterkommen. Der Ruhrkampf hätte vermieden werden müssen. Wir müssen alles tun, um eine Besserstellung der Arbeiterchaft im Sinne der Hebung der Volkswirtschaft und damit im Sinne der Wirtschaft auch gegen das Wollen der Unternehmer zu erreichen.

In seinem Schlußwort ging Kollege Knoll in weitem Maße auf die in der Aussprache gemachten Ausführungen ein. Für Agitation und Auffklärung müssen wir alles tun. In der Lohnfrage hat der Gewerkschaftskongress und der Bundesvorstand seinen Willen bekundet. Aber es liegt an der Arbeiterchaft, dieses Wollen in die Tat umzusetzen, und vor allem muß sie die politischen Rechte in Klassenbewußtem Sinne ausüben. Lernen wir aus der Geschichte, daß die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse realpolitisch sich auswirken muß, daß die Macht und das Vollbringungsvermögen auf der obwaltenden Basis das Leitmotiv unserer Arbeiten sein muß. Die internationale Befestigung der Arbeiterklasse, dieses Wollen in die Tat umzusetzen, und vor allem muß sie die politischen Rechte in Klassenbewußtem Sinne ausüben. Lernen wir aus der Geschichte, daß die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse realpolitisch sich auswirken muß, daß die Macht und das Vollbringungsvermögen auf der obwaltenden Basis das Leitmotiv unserer Arbeiten sein muß. Die internationale Befestigung der Arbeiterklasse, dieses Wollen in die Tat umzusetzen, und vor allem muß sie die politischen Rechte in Klassenbewußtem Sinne ausüben.

Zwidau i. Sa. Eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung fand am 29. August im Brauereischloßchen statt. Der Vorsitzende wies nach Eröffnung der Versammlung darauf hin, daß die in der letzten Versammlung gestellten Anträge geschäftsmäßig weitergegeben wurden und zur Sache der Bearbeitung von Kunststein vom städtischen Bauamt mitgeteilt wurde, daß die Arbeiten an Kunststein und Beton sachgemäß ausgeführt werden sollen, und Steinmetzen hierzu verwendet werden, wie das bisher üblich war. Das Abstoßen von Brütlungen und dergleichen könnte von Mauern ausgeführt werden. Gegen die Auffassung in bezug des Abstoßens hat sich der Vorsitzende in einem Schreiben an das Stadtbaumeister gewandt und darauf hingewiesen, daß die Arbeiten, welche in der letzten Zeit von Mauern ausgeführt werden, einen Mißbrauch darstellen. Die Versammlung nahm denselben Standpunkt ein und erwartet vom Deutschen Baugewerksbund, daß derselbe alles daran setzt, um die Bauarbeiter von ihrem arbeitserschöpfenden Gebahren abzuhalten. Es konnte festgestellt werden, daß im Bereich der Zahlstelle steinmetzmäßig von Mauern hergestellte Arbeiten zu einem Stundenlohn von 0,95 Mk. geleistet wurden, wonach tariflich 1,47 Mk. zu zahlen waren. Der Vorstand wurde beauftragt, mit dem Baugewerksbund die nötigen Maßnahmen zu treffen, daß diese untertarifliche Entlohnung verschwindet.

Ziemlich lebhaft wurde die Debatte, als die Berufsangelegenheit der Steinsetzer zur Sprache kam. Nachdem der Vorsitzende darauf hingewiesen hat, daß die im Baugewerksbund in Plauen organisierten Steinsetzer mit der Innung als Tarifkontrahent des Bezirks einen Vertrag abgeschlossen hatten, welcher eine Lohnerhöhung von sage und schreibe 2 Pfg. vorsieht, außerdem die bisher laut Mantel-Tarif ausgeschlossene Akkordarbeit zu äußerst niedrigen Sätzen vorsieht, sowie die Entlohnung der Hilfsarbeiter

des Steinsetzergewerbes statt in die bisher geltende Gruppe der Hochbauarbeiter in die Tiefbauarbeitergruppe verlegt werden. Die Steinsetzer erkennen diesen Abbruch nicht für sie als gültig an und wurde der Vorsitzende beauftragt, sofort der Gauleitung Mitteilung zu machen. Diefelbe soll umgehend Verhandlungen mit den Arbeitgebern von Zwidau, Crimmitschau, Weidau einleiten. Die Kollegen sind der Überzeugung, daß bedeutend höhere Zulagen gewährt werden können.

Böbau. Ein schwerer Unglücksfall mit tödlichem Ausgang hat sich am Freitag den 21. August in dem Granitsteinbruch der Firma R. Pufe in Neufalze-Spremberg ereignet. Nach vollendeter Sprengung eines großen Felsens wollte sich der Betriebsleiter Pufe (Junior) und der Bruchmeister Karl Diesner von der Wirkung überzeugen. In demselben Moment stürzten auch die Felsmassen, auf denen sie standen, nach, wobei sie mit in die Tiefe gerissen worden sind. Pufe konnte sofort schwer verletzt mit mehreren Beinbrüchen aus seiner gefährlichen Lage befreit werden. Diesner konnte erst nach mehreren Stunden, durch Beseitigung großer Steinblöcke als verstümmelte Leiche geborgen werden. Die übrige Belegschaft war zum großen Glück außerhalb des Bruches beschäftigt. Der Bruchmeister Diesner war langjähriges Mitglied unseres Verbandes, hat aber auf Grund seiner Stellung seit einiger Zeit die Verbindung mit dem Verbands gelöst.

Büchberg. Die Kollegen der Zahlstelle stehen schon sechs Wochen im Kampfe. Die Stimmung derselben ist die gleiche, wie am ersten Streiktag. Im Bannrichen Wald werden die geringsten Löhne für die Steinarbeiter in ganz Deutschland gezahlt. Ein Teil der gelehrten Arbeiter ist bereits abgereist oder anderweitig untergebracht. Zwar versucht die Firma Kerber mit Erfolg Streikarbeit durch die Firma Jungwirth-Kringall auszuführen zu lassen. Die Kollegen werden dies zu verhindern suchen. Darum, Kollegen des Bannrichen Waldes, weist alle Streikarbeit für die Firma Kerber-Büchberg zurück und heißt uns in unserm Kampfe um menschenwürdige Entlohnung.

Versammlung der Zahlstellen Rindisch, Häslich, Kamenz. Einer wiederholten Aufforderung nachgebend, hatte Gauleiter Mühl die vorgenannten Zahlstellen nochmals zu einer Aussprache zur Regelung der Angelegenheiten eingeladen. Die Versammlung war gut besucht. Es wurde der Punkt: Stellungnahme zur Verschmelzung der Zahlstellen Rindisch, Häslich, Kamenz unter Freistellung eines Leiters dieser Zahlstellen behandelt. Nach kurzer Aussprache wurden die Kollegen Wagner (Kamenz) als 1. Vorsitzender, Hübner (Häslich) als 2. Vorsitzender und Schiefer (Kamenz) als Schriftführer der Versammlung bestimmt. Kollege Mühl begründet nochmals die Notwendigkeit der Freistellung eines Kollegen als Leiter des Bezirks. In der Debatte sprachen sich die Koll. Hübner, Pähold, Herzog und Jenker in verschiedener Richtung aus. Man geht auf die Schwierigkeiten in den Zahlstellen ein, befürwortet aber im allgemeinen, da es doch als Notwendigkeit in den Vordergrund tritt, die Anstellung eines Kollegen. Nur ist man der Ansicht, daß sich Schwierigkeiten herausbilden werden. Es ist eine „Entschliebung“ eingegangen. Diefelbe lautet: „Die heute am 29. 8. 1925 in Fischers Restaurant in Gersdorf tagende Versammlung, bestehend aus Kollegen der Zahlstellen Rindisch, Häslich, Kamenz kommen nach eingehender Diskussion zu der Entschliebung, daß sich die genannten Zahlstellen (Königsbrück nicht ausgeschlossen) verbinden, um die Anstellung eines Kollegen zu ermöglichen, der ausschließlich für uns organisierten Steinarbeiter tätig sein kann.“ — Gleichzeitig ging vom Kollegen Pähold eine Entschliebung ein, die besagt: „Die heutige Versammlung steht auf dem Standpunkt, daß es nur möglich sein kann, wenn die vier Zahlstellen zusammenarbeiten, um den Lokalangehörigen anzustellen. Mit 24 gegen 9 Stimmen wurde diese Entschliebung abgelehnt. Ueber die zuerst eingebrachte Entschliebung wurde nicht abgemittelt. In Anbetracht der Verhältnisse ist es nicht nur wünschenswert, sondern erforderlich, daß solche Angelegenheiten objektiver behandelt werden. Vor allem müssen die Kollegen sich aller Zwistigkeiten enthalten und nur Kollegen in solche Versammlungen senden, die eine zweckmäßige Behandlung der Frage ermöglichen.“ Die Versammlung verließ resultatlos.

Burzen. Am 23. August feierte die Zahlstelle resp. der Bezirk sein 25jähriges Stiftungsfest im nahe gelegenen Rützig, wo ein großer Teil unserer Verbandsmitglieder anwesig ist. Die umliegenden Zahlstellen waren ebenfalls bei der Feier stark vertreten. Die Feier wurde am Abend vorher durch einen Kommers eingeleitet. Am Sonntag fand ein Umzug mit Musik durch den festlich angelegten Ort statt. Prachtvolle Girlanden mit entsprechender Widmung zierten die Straßen und Plätze. Die Mehrzahl der Häuser hatten Festgewand angelegt. Die Feier konnte in einem herrlichen Obigarten abgehalten werden, den ein Großgrundbesitzer besonders zur Verfügung gestellt hatte, was wir nochmals dankbar an dieser Stelle anerkennen. Durch die Festrede des Kollegen Philipp Pfeiffer, eines der Gründer der Zahlstelle, erhielt die Feier ihren Höhepunkt. In großen Zügen schilderte der Redner den Werdegang der Zahlstelle bis zum heutigen Tag. Besonders an die jüngeren Kollegen wandte sich der Redner, um ihnen vor Augen zu führen, mit welchen Schwierigkeiten die Zahlstelle in den zwanzig Jahren zu kämpfen hatte, um das zu erreichen, was die Zahlstelle heute für die Kollegen bedeutet. Für die Unterhaltung der Kinder und Frauen sowie der sonstigen Gäste war ebenfalls in der besten Weise gesorgt, so daß jeder Teilnehmer einige gemüthliche Stunden in Kollegenkreisen verbringen konnte. Für die jüngeren Festteilnehmer fand abends noch ein Festball statt. Somit dürfte jeder befriedigt den Weg nach Hause angetreten haben mit dem Gelöbnis, auch für die Zukunft für den Verband zu werben.

### Rundschau.

Der Mitgliederbestand vom 2. Quartal. Der Aufstieg an Mitgliedern, den der Verband am 1. Quartal zu verzeichnen hatte, hat auch im 2. Quartal weiter angehalten. Im 1. Quartal konnten wir über eine Zunahme von 8105 Mitgliedern berichten, während im 2. Quartal der Bestand sich um 6145 steigerte. Es ergibt dieses im ersten haben Jahre eine Zunahme von 14249 Mitgliedern. Weibliche Mitglieder haben wir 517 zu verzeichnen. Die Zahl der jugendlichen beträgt 916, auch die Sektion der Steinsetzer und Berufsgenossen stieg auf 8862 Organisierte, so daß wir am Quartalschluß 58073 Mitglieder zu verzeichnen haben. Auf die einzelnen Gaue verteilen sich die Mitglieder folgendermaßen:

	Gesamt-Mitglieder	Weibliche	Jugendliche	Steinsetzer	Zunahmen
1. Gau N.O.	3165	21	5	1893	479
2. Gau N.W.	3497	9	26	2054	421
1. Gau S.O.	9395	118	195	1134	1100
3. Gau S.W.	12078	278	328	642	1589
4. Gau O.	7584	2	10	1958	439
5. Gau S.	4525	—	92	829	561
6. Gau N.	4586	25	51	—	531
7. Gau O.	5007	7	62	110	150
8. Gau S.	3910	57	81	192	272
9. Gau S.	4294	—	66	50	603
Einzelzahler	32	—	—	—	—
Summa	58073	517	916	8862	6145

Dieser Zuwachs muß für jeden Kollegen ein Ansporn sein, mit vermehrter Kraft für die Werbung neuer Mitglieder tätig zu sein. Darum auf, Kollegen, an das Werk!

Bom Bauarbeiter-Schutz. Anlässlich des Gewerkschaftskongresses in Breslau fand auf Veranlassung des Bundessekretärs für Arbeiterschutz, Genossen Robert Sachs (Nachfolger des verdienten Genossen Heintke), eine Besprechung der am Bauarbeiter-Schutz interessierten Organisationen statt, in der über den Stand auf diesem Gebiete berichtet und über die zunächst erforderlichen Maßnahmen zur Förderung des Bauarbeiter-Schutzes beraten wurde.

Neben dem Verlangen der Gesetzgebung bezüglich des weiteren Ausbaues wurde über eine mangelnde Beachtung der bestehenden Unfallverhütungsvorschriften geklagt. Um nach beiden Seiten Wandel zu schaffen, wurde beschlossen, im Rahmen der Ortsausschüsse den Neuaufbau der Bauarbeiter-Schutzkommissionen vorzunehmen, um so von unten auf zu wirken.

Ist die Zahl unserer direkt am „Bau“ arbeitenden Kollegen, mit Ausnahme der Steinsetzer, Kammer und Straßenbauarbeiter, gemessen an der Gesamtmitgliedszahl, nicht sonderlich hoch, so ist doch das Leben und die Gesundheit jedes einzelnen so wertvoll, daß es im eigensten Interesse der in Betracht kommenden Kollegen liegt, wenn sie sich ebenfalls in den Dienst dieser Kommissionen stellen und sie nach Kräften unterstützen.

Auch der Schutz der übrigen Arbeiter, insbesondere der in den Steinbrüchen beschäftigten, wird nicht aus dem Auge gelassen. Vor-erst ist jedoch auch dort die Hauptsache, daß die Kollegen die bestehenden Unfallverhütungsvorschriften beachten.

Selbst bei verschärften Steuern Mehrerträge. Die neue Steuerreform sieht bekanntlich an Einnahmen allein aus dem ordentlichen Haushalt 6,4 Milliarden gegen 4,6 Milliarden nach der alten Regelung vor. Danach müssen an Steuern, Zöllen und Abgaben rund 1,8 Goldmilliarden für das Jahr mehr aufgebracht werden. Der Ausweis des Reichsfinanzministeriums über das Steueraufkommen im Monat Juli zeigt aber, daß die Steuern bei weitem mehr erbringen, als selbst die neue Steuerregelung vorsieht. Das bedeutet, daß die Steuerbelastung heute bei weitem größer ist als der Voranschlag vorsieht. So sind im Monat Juli rund 713 Millionen Mark gegenüber 561 Millionen Mark im Monat Juni und 610 Millionen Mark im Monat Mai aufkommen. Wir geben über die Entwicklung folgende Tabelle wieder:

	Juli 1. 4. bis 31. 7.	Alter Jahresvoranschlag	Neuer Jahresvoranschlag
(in tausend Reichsmark)			
Insgesamt	713 601	2 538 763	5 239 700
Davon sind:			
Fortdauernde Steuern	528 564	1 883 745	4 104 000
einmalige Steuern	2 118	20 008	36 000
			6 643 750

Gesetzentwurf über die Arbeitsgerichte. Die Reichsregierung hat dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat den Entwurf eines Gesetzes über Arbeitsgerichte zugeleitet. Der Reichswirtschaftsrat bildete einen Arbeitsausschuß, in dem der Entwurf in der Zeit vom 16. bis 19. September erörtert werden soll.

Ueber den materiellen Inhalt des Entwurfs ist folgendes mitzuteilen: Die Sondergerichte, insbesondere die Kaufmanns-, Gewerbe- und Innungsgerichte fallen weg. Zuständig werden für diese Angelegenheiten die neuen Arbeitsgerichte. Weiter sollen diesen neuen Arbeitsgerichten alle Streitigkeiten unterstellt werden, die sich aus der Durchführung des Betriebsrätegesetzes ergeben. Ferner alle Tarifstreitigkeiten und alle Verbandsstreitigkeiten unter den Tarifträgern. Weiter weist der Entwurf alle Streitigkeiten aus der Landarbeitsverordnung den Arbeitsgerichten zu.

Die Gerichte werden in der ersten Instanz selbständig sein. In der zweiten Instanz denkt man sie den Landgerichten und in der dritten Instanz dem Reichsgericht anzugliedern.

### Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Fürstened. Für den erkrankten Kollegen Sammer sind folgende Gelder eingegangen: Kringell 7,50 Mk., Windisch-Eichenbach 5 Mk., Der Kassierer J. Hirsch.

Altenhain. Die Mitgliedsbücher Nr. 16 440 (Artur Reinicke) und Nr. 16 444 (Otto Stephan) sind verloren gegangen. Vor Mißbrauch wird gewarnt. Kassierer.

Ludwigshafen a. Rh. Eine eigenartige Ansicht von dem Wirten des Verbandes scheint der Bildhauer und Betonstampfer Hans Fuchs jr. von hier zu haben. Derselbe ließ sich kurz vor dem Streik in den Verband aufnehmen, regelmäßig erschien er, um seine Streikunterstützung, zentrale wie lokale, abzugeben. Als der Streik beendet war, hatte derselbe den Weg zum Kassierer vergessen und mußte wegen rückständiger Beiträge aus dem Verbands ausgeschlossen werden. Ein solches Verhalten unterbreiten wir der Gesamtmemberschaft des Verbandes.

### Adressenänderungen.

- Gau: Begeled. Kass.: Willi Luschel, Amund, Winkelstr. 22, Post Hammersbeck (Bez. Bremen).
- Gau: Sauban. Vors.: Wilh. Legner, Kerzdorf (Kr. Lauban i. Schl.). — Senftenberg. Vors.: August Sydow, Senftenberg II, Alletwitzer Str. 54.
- Gau: Rindisch. Vors.: Max Gärtner, Burtau Nr. 293 (Amtsh. Baußen).

### Anzeigen

#### Achtung, Steinsetzer von Berlin u. Umgegend!

Hierdurch werden alle bei den Mitgliedern der unterzeichneten Innung beschäftigten volljährigen Steinsetzergesellen zu dem am Sonntag, dem 20. September, vormittags 10 Uhr, in den Germania-Prachtsälen (Weißer Saal) Berlin, Chausseest. 110, stattfindenden Wahlen für den Gesellenausschuß eingeladen.

Der Vorstand der Steinsetzer-Zwangs-Innung von Berlin und Umgegend.

Einige tüchtige Granitsteinmetzen gesucht. Dauernde Winterarbeit vorhanden. Franz Bräuers Nachf., Steinmetz, Miltenberg a. M.

Bildhauer Franz Vierke. Deine Adresse wünscht O. Schwarz, Lübeck.

Gesucht zu sofort von einem Granitwerk ein tüchtiger erfahrener Werkzeugschmied. Angebote unter B. L. an die Exped. dieses Blattes.

2-3 Steinsetzer nach Weimar sofort gesucht. R. Danz, Weimar, Steinsetzgeschäft, Bismarckstraße 29.

### Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.

In Weidenstadt der Granit Schleifer Albrecht Müller, 44 Jahre alt, Unglücksfall. In Seebach der Plastersteinmacher Martin Scherer, 62 Jahre alt, Magenleiden. In Berlin der Kammer Julius Saalman, 63 Jahre alt, Gasvergiftung. In Weidenfels der Kammer Albert Hauße, 61 Jahre alt, Herzschwäche. In Berlin am 2. September der Schleifer Albert Thies, 40 Jahre alt, Operation. In Barby am 30. August der Steinsetzer Wilhelm Köppe, 63 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden. Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Linke, Verlag von Ernst Winkler beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei-Aktiengesellschaft, Leipzig.